

PUTIN UND DIE MACHT

Zusammenbruch und Stabilisierung: Das Machtsystem in Russland hat sich seit dem 16. Jh. nicht wesentlich verändert: An der Spitze steht immer ein Herrscher (der Zar, Lenin, Stalin und seine Nachfolger). Eine Wählerschaft in Form einer Zivilgesellschaft mit verbrieften Rechten einer Mitsprache, geschweige denn einer Beteiligung an der Macht¹, gab es bis zum Verfall der Sowjetunion im 31. Dezember 1991 nicht.

In zwei Phasen von 1991 bis 1999 setzte Boris Jelzin eine Reform politischer und wirtschaftlicher Ordnung durch. Diese Zeit erlebte die Mehrheit der Bevölkerung als Phase eines wilden Kapitalismus, in der die Oligarchen (d.h. die ehemalige Nomenklatura²) die Anteilscheine der Arbeitnehmerschaft an den ehemaligen Staatsbetrieben zu „Schnäppchenpreisen“ aufgekauft haben. Eine Phase des Chaos, der überbordenden Korruption und der Verarmung der Landbevölkerung und der mittleren bis unteren Dezile der Gesellschaft mit gleichzeitig hoher Bandenkriminalität, eine Phase, in der sich keine starke Zivilgesellschaft heranbilden konnte und die Mehrzahl der Menschen sich nach der Ordnung der Sowjetzeit zurücksehnte. Die Machtübernahme von Wladimir Putin (1999/2000) leitete dann eine Konsolidierung des Staates ein. Die Mängel der Anfangsjahre wurden zwar behoben, das Regime nahm jedoch deutlich autoritäre Züge an.

In den Anfangsjahren von Putins erster Präsidentschaft (2000 - 2005) verbesserte sich die Lage der städtischen Bevölkerung deutlich, gleichzeitig hatte sich jedoch das Grundübel der Transformationszeit, die umfassende Korruption, tief in der Gesellschaft etabliert. In den Großstädten bildete sich langsam eine Zivilgesellschaft heran, die es allerdings in einer „gelenkten bzw. souveränen Demokratie“, wie sie der Kreml verstand, nicht leicht hatte, sich zu artikulieren. Das größte Hindernis stellte die fehlende Rechtsstaatlichkeit dar. Das zeigte sich, als es infolge der Wahlmanipulationen bei den Dumawahlen Ende 2011 sowie bei den Präsidentenwahlen im März 2012 in Moskau und 99 Großstädten zu Massenprotesten von Abertausenden Menschen gegen den offensichtlichen Wahlbetrug und die Art und Weise kam, wie Putin ins Präsidentenamt gehievt wurde. Die Proteste wurden brutal von den Ordnungskräften niedergeschlagen und von der Exekutive abhängigen Justiz hart geahndet. Es gab eine ziemlich starke Anti-Putin-Stimmung. Die staatliche Propaganda konnte dagegen nichts ausrichten, bis sie mehrere Thesen³ ins Spiel brachte:

„Erste These: In der Ukraine hat 2013/2014 ein faschistischer Putsch stattgefunden, den die USA organisiert und bezahlt haben. Das sei eine Bedrohung für die russischsprachige Bevölkerung im Osten der Ukraine. Die Propaganda nahm die Sprache des „Kampfes gegen den Faschismus“ aus dem Zweiten Weltkrieg auf. Das wurde ununterbrochen wiederholt – täglich, stündlich – und es zerstörte in Russland rasch alle Sympathien für die Ukraine. Die überwältigende Mehrheit der Russen, vor allem in der Provinz, hat sowieso keinerlei Zugang zu alternativen Informationen. Sie erhalten ihr Bild von den Ereignissen in Russland und der Welt nur aus dem Staatsfernsehen. Die russische Führung enthumanisierte die ukrainische Gesellschaft. Keine Rede mehr von Mitgefühl, Solidarität, gemeinsamem Leid. Hass machte sich breit: Wenn sie Faschisten sind, kann man sie nur vernichten, hieß es.“

„Zweite These: Der Kreml hielt den Unzufriedenen in Russland vor, wenn ihr Reformen wollt, dann schaut in die Ukraine. Da seht ihr, dass nur Chaos dabei herauskommt. Das löste Ängste aus bei Menschen, die sich nach den Erschütterungen der vergangenen Jahre nichts sehnlicher wünschten als Stabilität“.

„Dritte These: Der Westen bedroht Russland. Die Ukraine sei doch kein wirklicher Staat, sie sei nur vom Westen als Marionette gegen Russland in Stellung gebracht worden. Das verschob die

1 Die nach der Oktoberrevolution 1917 (fast) demokratisch gewählte russische Konstituante (verfassungsgebende Körperschaft) existierte vom 18.1.1918 abends bis zum 19.1.1918 morgens für 13 Stunden und wurde von der Regierung der Bolschewiki aufgelöst.

2 Privilegierte Funktionärskaste in der UdSSR

3 Nach Lew Gudkow, Direktor des einzigen unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada in Russland.

Verantwortung für die steigenden Spannungen auf die USA und die Europäer als deren Verbündete. 60 Prozent der Russen folgten schon 2013/2014 dieser These. Nur sieben Prozent glaubten, dass Russland die Situation eskaliere“.

Diese Thesen stehen in einem eklatanten Gegensatz zu Putins Politik bis 2012. Putin hat sehr früh die Absicht verfolgt, Russland wieder stark und groß zu machen. Das war so in seiner Zeit als Chef des FSB, aber auch später als russischer Ministerpräsident und Staatschef. Anfangs dachte er, das verlorene Imperium (er hatte den Zusammenbruch der Sowjetunion stets als die „größte Tragödie des 20. Jh.“ bezeichnet) in Kooperation mit dem Westen wiederherstellen zu können. Als Gegenleistung erwartete er offensichtlich, dass dieser die russischen Interessensphären im post-sowjetischen Raum respektieren würde, was dem Westen, sobald es sich dabei um die souveränen Nachfolgestaaten ehemaliger Sowjetrepubliken handelte, aus völkerrechtlichen Gründen gar nicht möglich war. In diesem Zusammenhang ist Putins Rede im Deutschen Bundestag⁴ im Jahre 2001 vom „gemeinsamen Haus Europa“ zu verstehen. Hatte er sich noch 2004 **nicht** gegen die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO gewehrt und sich positiv zu einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine geäußert („die EU-Erweiterung ist eine Zone des Friedens und des Wohlstands bis an die Grenzen Russlands“), so war bereits auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 eine aggressivere Haltung gegenüber dem Westen festzustellen, weil dieser seine Erwartungen nicht erfüllen wollte bzw. konnte.

Die Thesen zeigen, wie der Strategiewechsel funktionierte: Hinzu kam, dass sich Putin schon frühzeitig mit Beratern wie Wladislaw Surkow, Alexander Dugin und Alexander Prochanow umgeben hatte – die beiden Letzteren bezeichnet der Historiker Timothy Snyder als Faschisten. Für sie sind die Säulen der russischen Staatlichkeit „Zentralisierung, Personifizierung und Idealisierung“, d.h.: „Der Staat muss eine Einheit sein, er muss einem Einzelnen übergeben werden, und dieser Einzelne musste mit einem Glorienschein versehen werden.“⁵ Und damit sind wie wieder bei dem alten russischen Machtsystem, dem Personenkult aus der Zaren- und Sowjetzeit. Um jedoch der Bevölkerung den Strategiewechsel nahe zu bringen und sich im Innern zu stabilisieren, sieht Putin keine andere Möglichkeit, als ständig Kriege mit imaginären äußeren und inneren Feinden zu führen. Das war der 2. Tschetschenienkrieg (1999 – 2009), der Georgienkrieg (2008), die Krim-Annexion und der Donbass-Krieg, beide 2014, in denen immer Russen geschützt oder „heim ins Reich“geholt werden sollen. Russland ist aus Putins Sicht also immer das Opfer, dass sich gegen Bedrohungen von außen schützen muss. Das beinhaltet aber auch die Bedrohung durch innere Feinde: Oppositionelle wie Boris Nemzov und Alexeij Nawalnyj, mutige Journalistinnen wie Anna Politkowskaja oder „Verräter“ aus den eigenen Reihen wie Litwinow und Skripal. Auch der Tiergartenmord fällt in diese Kategorie wie auch die mysteriösen Fensterstürze von Oligarchen, Duma-Abgeordneten oder Wissenschaftlern.

Der Überfall auf die Ukraine am 24.02.2022. „Putin ist ein Drache, der fressen muss“, konstatiert der ukrainische Präsident, und, so ist hinzuzufügen, der infolge der schwachen Reaktion des Westens auf seinen Eroberungskrieg 2014, Appetit auf mehr bekommen hat. Dabei geht es Putin nicht nur um die Ukraine, sondern um das Ende der säkularen und libertären globalen Ordnung und Wirtschaft des „Westens“ und um die Wiederherstellung eines russischen Imperiums. Russland müsse dazu seinen Einfluss in der „russischen Welt“ wieder ausüben, ein Konzept, dass er mit der Verteidigung „traditioneller russischer Werte“ innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion verknüpft. Diese „russische Welt“ sei „eine Familie“ der Slawen, der Russen, der Ukrainer und der

4 Ich halte diese Rede für reine KGB-Technik (Täuschen, Einlullen, Manipulieren). HK

5 Timothy Snyder, Osteuropa-Historiker, Yale University: „Der Weg in die Unfreiheit Russland, Europa Amerika“, S. 55, Verlag c.H.Beck oHG, München 2018.

Weißrussen, die seit der Kiewer Rus (860) eine gemeinsame Geschichte, Religion und kulturelles Vermächtnis hätten⁶. Das bedeutet, das Belarus demnächst auf der Speisekarte steht. Dies alles gelte es zu schützen vor der „unrussischen“ Lebensweise des Westens mit ihrer „Sünde der Homosexualität in Gay- Pride -Paraden“ (Patriarch Kirill⁷) und seiner Dominanz in der Welt. Den Überfall auf die Ukraine rechtfertigt er mit der Entstehung eines nazistischen Regimes nach der Maidan-Revolution von 2013/2014 in Kiew, von dem er die Ukraine befreien müsse, und zum anderen damit, dass in der russischsprachigen Ostukraine ein „Genozid an russischen Menschen“ verhindert werden müsse.

Die NATO-Osterweiterung: Die Frage, ob man den Krieg hätte verhindern können, wenn der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges rücksichtsvoller mit Russland umgegangen wäre, stellt sich m.E. nicht: Putin hatte sich 2004 **nicht** gegen die Aufnahme der baltischen Staaten und selbst 2022 nicht gegen den Beitritt von Schweden und Finnland zur NATO gestellt⁸. Hingegen hat Putin alle bisherigen Verträge mit der Ukraine gebrochen, angefangen vom Budapester Memorandum von 1994, in dem die Ukraine ihre nicht unbedeutende Anzahl von sowjetischen Atomwaffen (ein Drittel des sowjetischen Atomwaffenarsenals!) abgegeben hat gegen die Zusicherung der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen sowie über den Bruch seiner Verpflichtungen aus den Minsker Abkommen. Der Vertrag mit der Ukraine über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ (1999-2019, wurde von der Ukraine wg. 2014 nicht verlängert). Ferner bricht Russland, das als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der UN für die Einhaltung der UN-Charta verantwortlich ist und gemäß der UN-Charta Entscheidungen mit Bindungspflicht treffen kann, eben diese Charta (Kapitel VII UN-Charta: Verbot von Angriffskriegen) und begeht somit als Staat ein Kriegsverbrechen, ganz zu schweigen von den Kriegsverbrechen seiner Soldaten in der Ukraine, für die Putin als Staatspräsident die Verantwortung trägt.

Die Rede zur Nation vom 21.02.2023

An Putins Rhetorik hat sich seit 2007 nicht allzu viel geändert: Ausfälle gegen den Westen, dieses Mal jedoch in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß („Russland habe sein Bestes getan, um das Problem der Ukraine friedlich zu lösen“, „sie (der Westen) sind es, die den Krieg entfesselt haben. Und jetzt müssen wir Gewalt anwenden, um ihn zu beenden“, die bekannte Begründung, dass in Kiew ein „Neonazi-Regime“ regiere“ und der altbekannte Hinweis, dass es gelte, in der Ostukraine einen Genozid zu verhindern. Diese Anhäufung von Verdrehungen und Lügen wirkt absurd, sie zeigt jedoch, dass zurzeit weder ein Waffenstillstand noch Frieden zu erreichen sind und entsprechende Forderungen aus Deutschland in die Leere laufen⁹.

Verhandlungen?, Waffenstillstand? Putin glaubt, dass er aufgrund seiner Ressourcen und seiner größeren Armee den Krieg gewinnen und letztendlich die ganze Ukraine kontrollieren könne. Der Krieg wird m.E. noch über einen längeren Zeitraum weitergehen und ich sehe derzeit wenig Chancen für Friedensverhandlungen. Da halte ich es mit Claudia Major¹⁰: „Wer glaube, die Ukraine habe eine Wahl zwischen Krieg einerseits und Frieden andererseits, verkenne komplett die Lage. Die Ukraine hat nur die Wahl zwischen Krieg und Vernichtung: Krieg, also die russisch besetzten Gebiete zu befreien, oder unter russischer Besatzung – wie in Irpin oder Isjum – vernichtet zu werden.“ Und zum Schluss noch ein Zitat: „Noch ist schwer zu sagen, wie das Ringen letztlich enden wird. Aber eins ist klar: Kiew wird sich auf Friedensverhandlungen oder auf Verhandlungen über einen stabilen Waffenstillstand nur dann einlassen, wenn die Europäer der Ukraine umfassende Sicherheitsgarantien geben. Das müssen die Freunde des Friedens wissen, die lautstark

6 Vordenker waren die Slawophilen N.J. Danilewski (1822-1855), Iwan Iljin (1883-1954) sowie Alexander Dugin („Grundlagen der Geopolitik“. 1997) und die Orthodoxe Kirche unter Patriarch Kirill. Siehe auch dazu Essay von W. Putin „Historische Einheit von Russen und Ukrainern“, vom 12. Juli 2021

7 Kyrill I ist ein russischer Geistlicher. Seit dem 1.09.2009 ist er Patriarch von Moskau und der ganzen Rus und damit der Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche. Er unterstützt den Angriffskrieg auf die Ukraine. Unter dem Decknamen „Michailow“ soll er in den Siebziger Jahren für den KGB gearbeitet haben. Der Spiegel.

8 Ansicht von Timothy Snyder, andere Historiker sehen das in Teilen anders z.B. Orlando Figes.

9 Ich werde mich an dieser Stelle nicht näher mit dem Manifest u. ähnlichen Positionierungen auseinandersetzen, da ich beabsichtige, dazu noch gesondert Stellung zu nehmen will. HK

10 Claudia Major, Politikwissenschaftlerin und Forschungsgruppenleiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), seit 2010 auch Mitglied im Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung.

„Verhandlungen jetzt!“fordern. Denn Sicherheitsgarantien zu geben heißt: Beim nächsten Angriff der Russen – oder auch der Ukrainer – sind die Europäer dann selbst Kriegspartei¹¹.“ Das muss man dann auch wollen.

Horst Küsters, Februar 2023.

Putin, Wladimir Wladimirowitsch

*** 07.10.1952, Leningrad/Sankt Petersburg. Seit 07.05.2012 Präsident von Russland.**

Werdegang

Studium der Rechtswissenschaften in Leningrad (heute Sankt Petersburg); parteilos; 1975-90 Laufbahn beim sowjetischen Geheimdienst KGB, Abteilung Auslandsspionage; 1985-90 Stationierung in der DDR (5 Jahre in Dresden), 1989 letzter Dienstgrad im KGB Oberstleutnant/Oberst (?)

Politische Laufbahn

1990-98 Berater des Petersburger Bürgermeisters Anatoli Sobtschak; 1998-99 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB; 1999 Sicherheitsberater des Präsidenten Boris Jelzin; 1999-2000 Ministerpräsident; 2000-08 Präsident; 2001 Gründung der Partei Einiges Russland (ER) und 2004-12 Parteivorsitzender; 2008-12 Ministerpräsident, 2012 bis heute Präsident

Quelle: *KOSMOS Welt- Almanach & Atlas 2022* © *Franckh-Kosmos Verlags-GmbH & Co. KG, Stuttgart 2021.*

11 Herfried Münkler, Politikwissenschaftler, Aufsatz:“Wer nur auf die Ukraine schaut, der sieht wenig“. Aus piqd 01.02.2023.